

Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



N i e d e r s c h r i f t

03/008/2017

über die Sitzung **des Bauausschusses**
am **Mittwoch**, dem **13.09.2017**, von **18:30 Uhr** bis **20:30 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister
Robert Klocke

Vorsitzende/r
Josef Büker

Ordentliche Mitglieder
Hubert Bartram
Klaus Dieter Becker
Christoph Gemmeke
Gerhard Meier
Hermann Müller
Mathias Schmidt
Kai Schöttler
Klaus Wittek

stellv. Mitglieder
Klaus-Peter Gosse
Josef Wolff

Protokollführer
Stefan Niemann

von der Verwaltung
Klaus Hasenbein

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r
Olaf Wittrock

Ordentliche Mitglieder
Josef Dreier
Stefan Köhne
Sybille Mocker-Schmidt

Presse:

Josef Köhne, Neue Westfälische,
Heinz Wilfert, Westfalen-Blatt.

Zuhörer:

Frank Lüke, Ratsmitglied,
Bernadette Niemeier, Ratsmitglied,
Elmar Stricker, Ratsmitglied,
13 Einwohner, überwiegend Betroffene zu TOP 2.

Vor Beginn der öffentlichen Sitzung im Rathaus der Stadt findet eine Ortsbesichtigung zum Tagesordnungspunkt 2 – der Frage zum weiteren Umgang mit dem Baumbestand in der Siedlungsstraße in Hohehaus – statt.

Josef Büker begrüßt vor Ort die Mitglieder des Ausschusses, sowie eine große Anzahl Vertreter der Anwohner der Siedlungsstraße und der Ortschaft Hohehaus.

Stefan Niemann stellt den Sachverhalt vor und berichtet von dem Antrag der Anwohner der Straße eine mögliche künftige Bepflanzung der Grünflächen betreffend. Auch erklärt er, ein Einwand sei vorgebracht worden, nach dem mit der Entfernung der Lindenallee eine wichtige Nahrungsquelle für Bienen und Hummeln verloren gehen würde.

Während der anschließenden Begehung des Straßenabschnitts entsteht eine rege Diskussion und ein intensiver Austausch von Argumenten zwischen den Anwohnern und den Ausschussmitgliedern.

Frank Lüke berichtet in dem Zusammenhang, dass entgegen einiger Aussagen in der Bevölkerung die Anwohner der Straße damals befragt worden seien, ob die seinerzeit vorhandenen Eichenbäume nicht gegen junge Lindenbäume ausgetauscht werden sollen. Nach seiner Recherche hätten die Anwohner dem Vorschlag mehrheitlich zugestimmt.

In dem Ortstermin bekräftigen die Anwohner nochmals, geschlossen hinter dem Antrag zur künftigen Gestaltung zu stehen und auch die Beete mit den Bodendeckern und Büschen in Zukunft dann selbst pflegen zu wollen.

Klaus Wittek gibt abschließend zu Bedenken, die Bepflanzung von Dorfstraßen mit Linden sei laut Fachleuten nach wie vor aktuell, da Lindenbäume als „Pfahlwurzler“ Beschädigungen am Straßenkörper sehr gering halten würden.

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Nach Rückkehr vom Ortstermin begrüßt Josef Büker nochmals die Ausschussmitglieder, die Presse und die erschienenen Einwohner.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Grünflächenkonzept Siedlungsstraße Hohehaus - weiterer Umgang mit dem Baumbestand Vorlage: 071/2017

Herr Hasenbein stellt vor, welche Faktoren zu den relativ hohen Kosten seiner Kostenschätzung geführt haben. Er berichtet, dass die unterhalb der bisherigen Lindenbäume beider Straßenseiten verlegten Strom- und Telekommunikationsleitungen bei Neuanpflanzungen verpflichtend mit Kabelschutzrohren zu ummanteln seien. Andernfalls werde die Anpflanzung nicht erlaubt.

Im Übrigen sei die Entfernung der jetzigen Linden ein hoher Kostenfaktor, da aufgrund der verlegten Verkabelung die Wurzeln größtenteils in Handarbeit freigelegt und ausgegraben werden müssten.

Herr Hasenbein erklärt, er habe sämtliche Kosten eingerechnet, von der Fällung und Entsorgung des vorhandenen Grüns, über die Entfernung der Wurzeln und neue Ummantelung der Kabel, bis hin zur Neuanpflanzung der 17 Bäume und übrigen Bodendecker und Büsche.

Kai Schöttler erfragt, ob auch aktuell schon Kabelschutzrohre die Verkabelung ummanteln. Herr Hasenbein verneint und entgegnet, zum Zeitpunkt der Pflanzung seien keine Kabelschutzrohre verpflichtend gewesen.

Herr Niemann erklärt nach kurzer Diskussion, für ihn seien bislang keine stichhaltigen Argumente für eine Fällung geliefert worden, die eine Unterscheidung zwischen diesem Härtefall, der ohne Frage auch aus seiner Sicht gegeben sei, und anderen Härtefällen im gesamten Stadtgebiet rechtfertigen würde. Es seien ihm mehrere Fälle bekannt und immer wieder Anträge vorgebracht worden, die die Anwohner genauso belasten, wie es jetzt in Hohehaus gegeben sei. Insofern bitte er um eine stichhaltige Argumentation für den Einzelfall. Andernfalls sehe er sich gezwungen künftig mit vielen weiteren Fällen zur Entscheidung in den Ausschuss zu gehen, weil eine Entscheidungsgrundlage für das Bauamt für ähnlich gelagerte Fälle mit dieser Argumentation aus seiner Sicht nicht gegeben werde.

Klaus Wittek unterstützt die Aussage und ergänzt, wenn die Entscheidung zur Fällung und Neuanpflanzung nun getroffen werde, sehe er sich auch in anderen, ähnlich gelagerten Fällen gezwungen einer Fällung zuzustimmen. Jeder Bürger müsse da gleich behandelt werden.

Herr Wittek trägt weiter vor, er habe sich von einem Stadtplaner informieren lassen, dass auch heutzutage noch Linden in Straßenzügen gepflanzt würden, weil sie auch starke Rückschnitte verzeihen und vor allem weil sie als Pfahlwurzler, anders als Flachwurzler den Straßenkörper meist nicht angreifen würden.

Letztlich seien aus Sicht von Herrn Wittek auch die Kosten nicht aus den Augen zu verlieren. Auch wenn für die Anwohner von Hohehaus etwas Gutes getan werden solle, würden doch auch Steuergelder genutzt, für deren Ausgabe sich die politischen Vertreter in der gesamten Bevölkerung von Marienmünster zu verantworten hätten.

Auf Grundlage der zuvor genannten Argumente spreche sich die SPD-Fraktion für eine Auslichtung der Bäume aus, nicht für eine Fällung des Gesamtbestandes.

Frank Lüke argumentiert, aus seiner Sicht sei kein Härtefall gegeben. Die Anwohner hätten teilweise selbst gesagt, es sei nach dem zuletzt durchgeführten Rückschnitt nicht mehr viel von den Bäumen übrig. Man könne insofern auch nicht von einer besonderen Härtefallsituation sprechen.

Im Übrigen halte er die Hinzuziehung und Befragung des gesamten Ortes Hohehaus für notwendig, da Ortsbildprägende Bäume entfernt werden sollen.

Elmar Stricker entgegnet, die Bäume seien schlecht geschnitten worden und seien nicht mehr ortsbildprägend, sondern dorfbildschädigend. Die gesamte Siedlung leide unter den Bäumen und habe sogar die Übernahme einiger Kosten und von Pflegearbeiten angeboten. Daher solle man dem Wunsch nachkommen.

Mathias Schmidt fragt kritisch in die Runde der Ausschussmitglieder, ob man sicher sei, dass alle milderen Maßnahmen, neben der Fällung, geprüft worden seien. Es sollten keine leichtfertigen Entscheidungen getroffen werden.

Er sei der Meinung, der Rat und der Bauausschuss würden die Problematik schon ernst nehmen und so müsse die selbstkritische Frage nochmals angeführt werden.

Josef Wolff stellt fest, dass auch andere Bäume Licht, Laub und Dreck machen. Er schlägt vor, die vorhandenen Linden an den Stellen zu belassen, an denen auch die Anwohner neue Bäume vorgesehen hätten. Er sehe ebenfalls besonders den Vorteil, dass Linden als Pfahlwurzler den Straßenkörper wenig beeinträchtigen. Und ob eine andere Baumart nach einigen Jahren nicht ähnliche Nachteile aufweise, dessen sei auch noch niemand sicher.

Frank Lüke bringt an, dass schon lange eine Lösung hätte gefunden werden können, wenn nicht Stück für Stück immer mehr von den Anwohnern gefordert worden wäre. Herr Hasenbein habe schon in der ersten Zusammenkunft vorgeschlagen einen großzügigen Rückschnitt vorzunehmen und dann zunächst abzuwarten, wie sich die Bäume anschließend entwickeln. Diesem Vorschlag hätte man folgen sollen.

Herr Wittek unterstützt den von Herrn Wolff vorgebrachten Vorschlag die vorhandenen Bäume an den von den Anwohnern für neue Bäume angedachten Standorten zu belassen. Dies sei ein Kompromiss für beide Seiten. Er sehe andernfalls das Problem, dass künftig viele ähnliche Anträge vorgebracht werden könnten.

Herr Klocke berichtet abschließend, Frau Spellerberg vom Büro BioPlan habe bereits im ersten Gespräch gefragt, wo das Problem mit den Linden des Straßenzuges sei. Die Linden hätten entsprechende Pflegeschnitte notwendig, aber grundsätzlich sei die Siedlungsstraße mit der Baumallee sehr schön und der Baumbestand standortgerecht.

Herr Klocke spricht sich ebenfalls für die von Josef Wolff genannte Kompromisslösung aus. Er ergänzt, Privatpersonen seien im eigenen Garten nur sich selbst Rechenschaft schuldig, Verwaltung und Rat würden an ihren Entscheidungen gemessen und diese als Präzedenzfälle herangezogen.

Herr Wittek bittet zwischen den Vorschlägen abzustimmen, zum einen sämtliche Bäume zu entfernen und neue anzupflanzen und andererseits dem Vorschlag Josef Wolffs zu folgen, an den vorgeschlagenen Standorten die Linden zu belassen, die Übrigen zu entfernen.

Beschluss:

Variante a)

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat auf Grundlage des Antrages der Anwohner der Siedlungsstraße Hohehaus die Entfernung aller Linden im betroffenen Straßenabschnitt und die vorgeschlagene Neuanpflanzung von 17 Bäumen, sowie die entsprechenden Bepflanzung mit Bodendeckern und Büschen in den übrigen Baumscheiben des Straßenzuges.

Variante b)

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat die Entfernung der Linden an den Standorten der im Antrag der Anwohner der Siedlungsstraße genannten, nicht für eine Neuanpflanzung vorgesehe-

nen Standorte. Die sodann verbleibenden 17 Linden sollen einem Kronenschnitt unterzogen werden und erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Empfehlung der Variante a) mit einem Abstimmungsergebnis von 6 Stimmen zu 5 Stimmen.

3. Vorstellung der Istsituation der Grünflächenpflege im gesamten Stadtgebiet und Entwicklung von Handlungsmaximen für die Zukunft

Bürgermeister Klocke führt in das Thema ein und berichtet, dass in den letzten Jahren die Grünflächen im Stadtgebiet immer mehr verunkrauten. Grund dafür sei die Personalsituation im Bauhof. Es seien in den vergangenen Jahren einige Aufgaben zusätzlich auf das Bauhofpersonal zugekommen. Zudem sei bislang immer der Einsatz von Saisonkräften möglich gewesen, die jetzt nicht mehr in dem Umfang zur Verfügung stünden. Eine werterhaltende Pflege könne mit dem zur Verfügung stehenden Personal derzeit nicht vorgenommen werden.

Er erklärt, vom Ausschuss werde noch keine Entscheidung erwartet. Die frühzeitigen Informationen sollten lediglich als Denkanstoß dienen und in der Beratung für den Haushalt 2018 wieder aufgegriffen werden.

Klaus Hasenbein stellt sodann auf Grundlage der dem Protokoll beigefügten Präsentation ausführlich die Ist-Situation zu den Grünflächen dar und den daraus resultierenden rechnerischen Personalbedarf. Er erklärt insbesondere, dass sowohl nach den in der Präsentation dargestellten Auswertungen der Gartenamtsleiterkonferenz (GALK), als auch nach den Berichten der KGSt ein Bedarf für weiteres Personal vorhanden ist. Die Gemeindeprüfungsanstalt habe derzeit keine Auswertungen für kleine Kommunen veröffentlicht, sodass hieraus keine Bedarfe ermittelt werden könnten.

Wie auch schon Herr Klocke erklärt Herr Hasenbein, dass seit vielen Jahren jedes Jahr Saisonkräfte zur Verfügung gestanden hätten; zunächst sogenannte „ABM“-Kräfte, später 1,50 €-Jobber aus Maßnahmen des Arbeitsamtes und zuletzt auch Asylbewerber, von denen sich die arbeitswilligen Kräfte mittlerweile alle in festen Anstellungen befänden oder die zurück in ihr Heimatland gegangen seien.

Auch für den Bereich der Baumpflege stellt Herr Hasenbein entsprechend der Kennzahlen einen zusätzlichen Bedarf fest.

Letztlich bestünden laut Hasenbein verschiedene Möglichkeiten:

- Entweder müsse mehr Personal zur Verfügung gestellt werden,
- es könnten Arbeiten extern vergeben werden,
- es müssten Arbeiten wie die Sportflächenpflege von Vereinen übernommen werden
- oder letztlich könnten auch Grünflächen vollständig aus der Pflege genommen werden, mit allen negativen Konsequenzen für die Optik und das Ansehen der Stadt.

Kai Schöttler erfragt, warum laut „GALK“ mit 1.400 Stunden je Mitarbeiter und Jahr gerechnet würde, anstatt der sonst üblichen 1.600 Stunden je Mitarbeiter. Herr Hasenbein erklärt, dass die GALK mit effektiver Arbeitszeit rechne, d.h. die Rüstzeiten würden vorher herausgerechnet, da sie auch nicht für die Pflege der Grünflächen zur Verfügung stünden.

Auf weitere Nachfrage Schöttlers berichtet Herr Hasenbein, dass die Anzahl der Mitarbeiter der Grünkolonne seit mindestens 20 Jahren konstant bei 4 Personen liege.

Klaus Wittek erkundigt sich, auf welcher Grundlage die von Hasenbein ermittelten Kosten für externe Dienstleister ermittelt worden sind. Herr Hasenbein erklärt, es handele sich entsprechend der GALK um gemittelte Kosten für Fachfirmen. Er habe im vergangenen Jahr auch diverse Vereine angefragt, wie die Werkstätten am Grünenberg, aber diese seien alle weitestgehend ausgelastet und nur an kleineren Aufträgen interessiert.

Josef Wolff möchte nochmals von Herrn Hasenbein bestätigt wissen, dass bei Abgabe der Flächen der Sportplätze kein zusätzliches Personal für die Grünflächenpflege benötigt würde. Herr Hasenbein bestätigt dies, gibt aber zu bedenken, dass es illusorisch sei, dass die Sportvereine sämtliche den Sportstätten zugehörige Flächen pflegen würden. Auch die Parkplatzflächen und Büsche und seitlichen Grünanlagen seien unter der Kategorie erfasst.

Auf Nachfrage von Klaus Wittek nach der notwendigen Eingruppierung neuer Arbeitskräfte erklärt Herr Hasenbein, dass möglicherweise auch der Einsatz von ungelerten Arbeitern ausreichen könnte. Es müssten nicht zwingend hochdotierte Fachkräfte eingestellt werden. Kai Schöttler ergänzt, dass aus seiner Erfahrung die Kosten in der Entgeltgruppe für ungelerte Arbeiter auch nicht wesentlich niedriger sind, als die der Entgeltgruppe für Facharbeiter, weshalb bei Neueinstellungen aus seiner Sicht bevorzugt Facharbeiter eingestellt werden sollten. Klaus-Peter Gosse bekräftigt dies.

Christoph Gemmeke schlägt vor, nochmals auf die Bürger zuzugehen und diese um die Übernahme der Pflege für an ihre Grundstücke angrenzende Flächen zu bitten. Herr Niemann entgegnet, dass dieser Versuch bereits vor 2 – 3 Jahren angestellt worden sei, ohne jegliche Resonanz oder Rückmeldung.

Abschließend erklärt Herr Klocke nochmals, dass das Bauamt mit der Information lediglich einen ersten Anstoß geben wollte, die Diskussion sei dann im Rahmen der Haushaltsberatung zu führen.

4. 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 Vörden - Satzungsbeschluss Vorlage: 054/2017

Herr Niemann stellt den Sachverhalt vor und berichtet, dass während des Offenlegungsverfahrens keine Einwände vorgebracht worden seien. Insofern stehe einer Beschlussfassung nichts im Wege.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 der Ortschaft Vörden, in der Fassung des Offenlegungsexemplares, einschließlich Begründung, gemäß § 10 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

5. Mitteilungen und Anfragen

Herr Niemann bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion, in dem um Informationen zum Leerstand in Marienmünster für eine der kommenden Sitzungen gebeten werde. Er berichtet, dass im Juli in Zusammenarbeit mit dem Katasteramt und dem Einwohnermeldeamt ein aktuel-

les Leerstandskataster erstellt worden sei. In Kürze werde das Kataster im Geodatenportal grafisch aufbereitet dargestellt und könne dann in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

6. Fragen von Einwohnern

Uwe Boedecker erfragt, warum der zu TOP 2 vorgebrachte naturschutzrechtliche Einwand in der gesamten Ausschusssitzung nicht erwähnt oder beraten worden sei.

Herr Klocke entgegnet, der Einwand sei von der Verwaltung aufbereitet und umfangreich in der Vorlage beschrieben worden.

Herr Büker erklärt zudem, der Einwand sei dem Ausschuss bekannt gewesen und er werde spätestens in der Ratssitzung nochmals besprochen.

Herr Boedecker erkundigt sich zudem, ob bereits feststehe, welche Baumart bei einer möglichen Neuanpflanzung gewählt werden soll. Herr Hasenbein erklärt, die Auswahl sei noch nicht abschließend getroffen worden. Er könne sich auch vorstellen, durch geeignete Maßnahmen den Bienen ein neues Nahrungshabitat zu schaffen.

gez. Josef Büker
Ausschussvorsitzender

gez. Stefan Niemann
Protokollführer